

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/034(VII)/22			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	Donnerstag, 03.03.2022	Altes Rathaus, Ratssaal	15:00 Uhr	18:40 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Beschlussvorlagen
- 3.1 Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2030plus DS0259/21
Amt 61
- 4 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Mirko Stage

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

René Hempel

Burkhard Moll

Frank Schuster

Reinhard Stern

Vertreter

Jürgen Canehl

Geschäftsführung

Corina Nürnberg

Mitglieder des Gremiums

Norman Belas

Madeleine Linke

Christian Mertens

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** begrüßt die Anwesenden. Er geht auf die fristgerechte Ladung ein, stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die Sitzung.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Stadtrat Stern geht auf den Beschluss zum Gewerbegebiet „Eulenberg“ ein. Dieser Beschluss werde enorme Auswirkungen für die Stadt haben. Er weist u.a. auf die Verkehrsanbindung, den ÖPNV-Anschluss, die S-Bahnanbindung sowie Verkehrslandeplatzanbindung hin. Hierzu finden sich keine Aussagen im VEP, bemängelt er. Er sieht hier Verbesserungsbedarf und stellt den Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) auf Überarbeitung und vertagen der Beschlussvorlage. Textpassagen zur Finanzierung seien betroffen. Eine schnellstmögliche Nachbesserung müsse erfolgen.

Stadtrat Dr. Grube kann der Argumentation von **Stadtrat Stern** teilweise folgen und nachvollziehen. Er spricht sich dennoch gegen den GO-Antrag aus. Inhaltlich seien dahingehende Maßnahmen enthalten, bezüglich des „Eulenberges“ müsste aktualisiert werden. Er verweist auf die Beschlüsse im Zusammenhang mit dem Bebauungsplanverfahren zum „Eulenberg“ in Bezug auf die verkehrstechnische Anbindung sowie auf die Forderungen von Seiten der Stadträte die bestehen.

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** spricht sich für eine Behandlung sowie Beschlussfassung aus. Er verweist auf die grundsätzlichen Aussagen zum Gewerbegebiet „Eulenberg“. Verkehrstechnische Auswirkungen bestehen, die jedoch teilweise mit dem Umland geregelt werden müssen.

Insbesondere sollten zur Innenstadt Beschlüsse gefasst werden. Eine Einarbeitung und Fortschreibung im VEP sei möglich.

Stadtrat Stage verweist auf die diversen Sitzungen zum Thema und der Sondersitzung heute mit dem Ziel eines Votums. Ein schlechtes Signal an die Öffentlichkeit sei eine erneuert Vertagung der Beschlussvorlage.

Eine Fortschreibung des VEP auf Grund von technologischen Wandel und städtischer Beschlüsse müsse erfolgen.

GO-Antrag zum Vertagen: 2-5-0 abgelehnt

Abstimmung: 5-1-1

3. Beschlussvorlagen

3.1. Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2030plus Vorlage: DS0259/21

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** geht auf den vorab verteilten Entwurf für einen gemeinsamen Änderungsantrag ein und verweist auf weitere Diskussionspunkte die ihm jetzt vorliegen. Diese Ergänzungen werde er im Laufe der Beratung mit in die Diskussion einbeziehen und gegebenenfalls mit einarbeiten.

Stadtrat Dr. Grube hinterfragt weitere Diskussionspunkte, die möglicherweise noch nicht im Änderungsantrag enthalten seien.

Stadtrat Schuster bringt eine Ergänzung des Beschlussvorschlags hinsichtlich der Zusammenarbeit mit NASA, Regionaler Planungsgemeinschaft sowie Otto-von-Guericke-Universität ein.

Des Weiteren spricht er sich für eine Diskussion unter Einbeziehung sowie in der Reihenfolge des Änderungsantrags aus.

1.- Beschlussvorschlag und Fortschreibung)

Herr Schröter (Amt 61) geht auf die Zeitschiene ein.

Stadtrat Schuster verweist auf eine doppelte Thematisierung.

Stadtrat Stage geht auf die wissenschaftliche Mobilitätsforschung und regionale Betrachtung ein, die unterschiedlich zu werten seien.

Herr Rehbaum greift den Ergänzungsvorschlag von **Stadtrat Schuster** hinsichtlich Regionaler Planungsgemeinschaft und interkommunaler Zusammenarbeit auf. Er spricht sich dahingehend für eine Erweiterung des Beschlussvorschlages aus.

Stadtrat Schuster verweist darauf dass bereits schon jetzt Vereinbarungen zwischen NASA und Otto-von-Guericke-Universität zur Mobilitätsforschung bestehen. Erstaunt sei er darüber, dass es momentan keine Bundesförderung dazu gebe. Die Erhebung berücksichtigt Pendler, eine Verknüpfung von Straßenbahn, Bus und S-Bahn.

Stadtrat Hempel sieht den Vorschlag von **Stadtrat Schuster** ebenfalls als Ergänzung. Die Mobilitätsforschung gebe Aufschluss über die Pendlernutzung.

Herr Schröter verweist in diesem Falle, auf die Erforderlichkeit von Mobilitätsforschungen „System repräsentativer Verkehrsbefragung“ (SrV).

Herr Rehbaum stimmt dem zu.

Frau Münster-Rendel (Geschäftsführerin MVB) verweist auf das standardisierte Befragungsverfahren (SrV) und bestimmte Rhythmen zur Befragungserhebung. Die NASA führt Erhebungen für das ganze Bundesland in Bezug auf den Schienenverkehr durch.

Herr Pfoth (Planungsgruppe epUrban) ergänzt und bestätigt die Aussagen. Das Prinzip seien Haushaltsbefragungen die überregional durchgeführt werden.

Abstimmung: 7-0-0

2.- S-Bahn)

Stadtrat Dr. Grube geht auf eine Anbindung Eulenberg ein. Er spricht sich für einen S-Bahnabzweig und Haltepunkt Eulenberg aus, als Teil des Konzeptes.

Eine Haltestelle Eulenberg sollte mit Entwicklung des Eulenberg vorhanden sein.

Eine S-Bahn-Anbindung müsse das Land bestellen, problematisch werde die Finanzierung.

Frau Münster-Rendel erwartet viele Pendler im Regionalbusverkehr. Eine S-Bahn-Anbindung sei ein guter Ansatz. Die Weiterentwicklung des Verkehrsverbundes müsse erfolgen. Aus Sicht von **Herr Fürste** (Mitarbeiter MVB) seien keine Globalisierungseffekte zu befürchten. Einpendler bis zum Stadtrand sehe er eher nicht, die Schnittstelle werde in der Stadtmitte (ZOB) gesehen. Die Kunden werden und müssen in das System gebracht werden.

Abstimmung: 7-0-0

3.- Prüfvorbehalt)

Abstimmung: 6-0-1

4.- Barrierefreie Haltestellen)

Stadtrat Dr. Grube spricht sich für einen Tausch der Maßnahmen 4 und 5 aus und verweist auf die Beschlusslage zum Barrierefreien Haltestellenausbau.

Abstimmung: 7-0-0

5.-Straßenbahn Lüttgen Salbke)

Stadtrat Dr. Grube verweist auf die Beschlusslage zum Nahverkehrsplan (NVP).

Stadtrat Hempel geht auf den Beschluss hinsichtlich einer Verkehrsuntersuchung zur Verlängerung Straßenbahn Ottersleben ein.

Herr Pfothenhauer ergänzt und erläutert den Hintergrund der bisherigen Sichtweise. Es wurde bisher davon ausgegangen, dass der Stadtrat eine Prüfung des Punktes im NVP beschlossen habe.

Stadtrat Stern verweist auf die Beschlusslage zur „Werkstraße“ und die dazugehörige Schleife. Dieses muss im NVP festgehalten/dargestellt werden.

Stadtrat Stage geht auf das ISEK ein und den Enthalt darin.

Herr Schröter verweist auf das ÖPNV-Konzept, welches im NVP enthalten sei. Es müsse noch umgesetzt werden.

Stadtrat Schuster fehlt bei der Abstimmung

Abstimmung: 6-0-0

6.- ÖPNV Florapark)

Herr Schröter geht auf die Beschlusslage zum Antrag A0144/21 und die Ablehnung des Antrages im Stadtrat.

Frau Münster-Rendel verweist auf die Berücksichtigung des Prüfauftrages.

Stadtrat Dr. Grube zieht den Punkt zurück.

7.a/7.b- Entlastung Ostelbien)

Stadtrat Dr. Grube verweist auf die Beschlusslage und deshalb mache 7.b für ihn keinen Sinn. Die Freihaltung von Schwerlastverkehren im Stadtteil Cracau sei bereits im Szenario 1 enthalten.

Jetzt müsse über eine Maßnahmenverschiebung geredet werden.

Stadtrat Hempel verweist auf die Aussage des Oberbürgermeisters. Eine Entlastung für die Bürger*innen werde es durch eine „Entlastungsstraße“ nicht geben. Somit könne dieser Punkt gestrichen werden, schlägt er vor.

Stadtrat Canehl schließt sich den Ausführungen von **Stadtrat Hempel** an.

Es werde nur zu einer Belastung für Ostelbien und zu keiner Beruhigung im Bereich Genthiner Straße, Cracauer Straße führen. Der Verkehr werde bleiben.

Er plädiert für ein Lärmkonzept und spricht sich für einen Lärmminderungsplan durch ein Verkehrskonzept mit Tempobeschränkung (Tempo-30) von 06:00 Uhr – 22:00 Uhr zur Entlastung der Cracauer Bürger aus.

Der Umweltverbund müsse gestärkt werden.

Maßnahmen mit einem Zeithorizont von 10 – 20 Jahren seien rausgeschmissenes Geld und nicht finanzierbar.

Was kann für ÖPNV, Radverkehr sowie Fußgänger*innen in Cracau unmittelbar jetzt gemacht werden, fragt er nach?

Stadtrat Dr. Grube geht auf die Entlastung der Innenstadt als Aufgabenstellung der Verkehrsuntersuchung Ostelbien ein.

Eine Entlastung von Cracau sei eine Entlastung für die Bürger*innen vor Ort.

Tempo 30 zwischen 06:00 Uhr – 22:00 Uhr löse das Problem bezüglich Nutzung und Lautstärke nicht. Ohne eine andere Trasse werde es keine „Entlastung“ geben.

Ob die Straße zu einer Be- oder Entlastungsstraße werde stehe derzeit nicht zur Diskussion, aber hänge von der Lage der Trasse ab, so **Stadtrat Stage**. Er geht auf den Prüfauftrag hinsichtlich der 3. Elbquerung aus der Vergangenheit ein. Die Route stehe nicht zur Diskussion. Eine andere Routenführung wäre eventuell eine Lösung.

Der MIV und der ÖPNV teilen sich in Cracau über lange Strecken den Straßenraum. Dieses Problem müsse gelöst/beseitigt werden.

Stadtrat Schuster empfiehlt über die Routenführung zu einem späteren Zeitpunkt zu diskutieren und spricht sich für den Verbleib der Maßnahme in der Liste aus.

Herr Schröter verweist auf die vielen Untersuchungen, die dazu durchgeführt wurden. Mit dem Ergebnis, dass der „Status Quo“ beibehalten werden sollte.

Herr Pfothner weist auf das Szenario 1, die Stärkung des Umweltverbund. Er gibt zu bedenken, dass bei einem Beschluss zu einer 3. Elbquerung alle personellen und finanziellen Mittel für einen langen Zeitraum gebunden werden. Andere Maßnahmen damit erst einmal unmöglich.

Stadtrat Stern geht auf die vor Jahren von der Verwaltung gemachten Vorschlagsroute (Umgehungsstraße Cracau) ein. Damit sollte der Schwerlastverkehr aus dem Bereich Cracau geführt werden. Die Bürger*innen fordern eine Entlastung vom Schwerlastverkehr. Das Umland sehe dieses bereits anders. Er verweist auf eine Trassenfreihaltung für eine 3. Elbquerung. Des Weiteren geht er auf die kommende Verkehrsentwicklung (Pendlerverkehr) in Bezug auf die Entwicklung am Eulenberg ein. Eine Trasse für die 3. Elbquerung sei frei zu halten. Die Umgehungsstraße dürfe nicht in Frage gestellt werden.

Stadtrat Canehl weist darauf hin, dass es immer Bürger*innen geben werde, die eine Mehrbelastung haben werden, ob heute oder zukünftig.

MIV-Maßnahmen hält er für kontraproduktiv. Die Aussage von **Herrn Schröter** beweise, je weiter eine Umgehungsstraße von der Innenstadt entfernt sei, je weniger entfalte sie ihre Wirkung hinsichtlich einer Entlastung.

Es werde wieder in Detaildiskussionen verfallen, die wenig hilfreich seien, stellt **Stadtrat Schuster** fest. Er geht auf die Nutzung von Intelligenten Verkehrssystemen ein, die eventuell auch eine Lösung bei der Linksabbiegerproblematik mit sein könnte. Dieses sehe er als Aufgabe der Verwaltung. Der ÖPNV habe jetzt Probleme.

Herr Pfothenhauer verweist auf die Einigung am „Runden Tisch“ hinsichtlich Szenario 1 (Förderung des Umweltverbund). Was fördere den Umweltverbund, was stehe dem entgegen, die Prüfung aller Verkehrsarten.

Der MIV sei aber kein Umweltverbund, stellt er abschließend klar.

Herr Schröter weist darauf hin, dass er vormals schon davor gewarnt habe eine Verbesserung für alle Verkehrsarten zu fordern und so zu formulieren.

Eine Verbesserung für alle Verkehrsarten sei aus **Frau Münster-Rendel** Sicht, ein „Perpeduum mobile“ und nicht lösbar.

Aus Sicht der MVB werde der Kreuzungsbereich nicht als Konfliktpunkte gesehen.

Die Thematik Linksabbieger stadteinwärts sollte überprüft werden.

Stadtrat Canehl geht auf den Grundstücksverkauf ein und die damit entstandene beengte Situation in diesem Bereich.

Eine Verbesserung für den Radverkehr an der Kreuzung Fuchsberg/Ringauffahrt müsse erfolgen. An der entsprechenden Planung werde seiner Meinung nach schon gearbeitet.

Der Punkt 9 sei kontraproduktiv.

Abstimmung: 5-2-0

10.- Rad- / Fußwegeverbindung Salbke)

Stadtrat Schuster verweist auf die Planungen einer Rad- und Fußwegeverbindung und geht auf die Grundstücksverkäufe ein.

Stadtrat Dr. Grube hinterfragt die Grundstückssituation und bittet um eine dementsprechende Information dazu. Er verweist auf eine schnelle Realisierbarkeit bei entsprechenden Eigentumsverhältnissen.

Abstimmung) 7-0-0

Stellungnahme:

Die Freie Straße zwischen Langer-Heinrich und Salbker Straße befindet sich in Privateigentum. Im rechtsverbindlichen B-Plan Nr. 410-4 sind für die private Straßenfläche Geh-, Fahr- und Leitungsrechte für Anlieger festgesetzt. Eine öffentliche Nutzung findet nicht statt.

Entsprechend der Diskussion ist der B-Plan nun so aufgestellt und die Flächen, die Freie Straße wurde veräußert. Der südliche Teil an einen Investor, welcher die Gebäude rechts und links erworben hat und der nördliche Teil an SKET für eine Erweiterungsoption.

Das heißt, laut B-Plan darf dort kein Radweg errichtet werden, dennoch sollte auf SKET zugegangen werden, um aus zu loten, ob an den Erweiterungsoptionen festgehalten wird.

11.- E-Mobilität & Car-Sharing)

Stadtrat Dr. Grube verweist auf Stadtteile mit hohem Parkdruck, aber nicht ausgelasteten Parkhäusern (bezahlpflichtiger Parkraum).

Car-Sharing würde einige Probleme lösen und mit E-Mobilität gekoppelt ein Lösungsansatz darstellen.

Stadtrat Hempel spricht sich für eine Beibehaltung in mittelfristigen Maßnahmen aus. Er geht auf die öffentliche Ladeinfrastruktur ein, hält es für keine Lückenfüllergeschichte und sieht die E-Mobilität noch nicht für ausgereizt.

Abstimmung: 5-0-2

12.- Streckenverlängerung Straßenbahn Halberstädter Straße – Ottersleben)

Stadtrat Stern hält eine Verlängerung der Straßenbahnstrecke bis zum Eulenberg als unbedingt erforderlich.

Herr Rehbaum geht auf die Durchschnittsgeschwindigkeit der Straßenbahn und langer Fahrzeiten ein. Er verweist auf den zu erwartenden Schichtbetrieb und die dazugehörigen Stoßzeiten. Der sonstige ÖPNV wäre eine bessere Alternative.

Frau Münster-Rendel verweist auf den ausgelösten Prüfauftrag zur Straßenbahnverlängerung bis Ottersleben. Der Untersuchungsauftrag sei erteilt, das Ergebnis sollte abgewartet werden.

Stadtrat Dr. Grube verweist auf die Beschlusslage zur Straßenbahnverlängerung Ottersleben. Eine Verlängerung bis zum Gewerbegebiet Eulenberg sollte als eigenständiger Punkt geprüft werden.

Stadtrat Hempel verweist auf die Beschlusslage zum Eulenberg (Buslinienverkehr). Eine Straßenbahnverbindung allein werde nicht ausreichen. Eine Mischung aus Verschiedenen müsse es geben, Straßenbahn + S-Bahn = City-Bahn. Er spricht sich für eine dementsprechende Prüfung aus.

Stadtrat Stern verweist auf Städte mit anderen Systemen. Er spricht sich für den Prüfauftrag aus. Dieses wäre im Sinne des Umweltverbundes. Er geht auf die benötigten Fördermittel ein und spricht sich für eine Zeichensetzung durch den Stadtrat dahingehend aus.

Stadtrat Schuster geht auf die Nachteile einer Straßenbahnanbindung ein und verweist auf Zeitverlust durch das Anhalten und Anfahren der Straßenbahn gegenüber dem Radfahrer*innen und Autofahrer*innen. Es brauche schnellere Verbindungsmöglichkeiten.

Stadtrat Stage geht auf gute Übergangspunkte/Umstiegspunkte ein.

Herr Fürste verweist auf den vorhandenen Untersuchungsauftrag und geht auf die Möglichkeit einer Erweiterung ein.

Herr Rehbaum empfiehlt die Erweiterung des Prüfauftrages.

Stadtrat Stage hinterfragt die Prüfung der Straßenbahnverlängerung, einer ÖPNV-Anbindung als neue Maßnahme.

Stadtrat Schuster verweist auf die Möglichkeit Straßenbahnen auf Rädern über Oberleitungen zu bedienen, was einen Trassenausbau/Schienausbau ersetzen könne.

Stadtrat Dr. Grube möchte hinsichtlich Straßenbahnanbindung Gewissheit haben und spricht sich für die Prüfung einer Straßenbahnanbindung/O-Busse bis zum Eulenberg aus.

Abstimmung: 7-0-0

13.- Einrichtung P+R-Plätze)

Stadtrat Canehl geht auf das Ansinnen des Punktes ein. Im Bereich einiger Endstationen werde ein Nachholebedarf an Fahrradabstellanlagen sowie der dazugehörigen Unterhaltung der Flächen gesehen.

Stadtrat Stage spricht sich für die Ergänzung des Punktes aus.

Stadtrat Dr. Grube spricht sich dafür aus, den Antrag bis zum Stadtrat zu konkretisieren und heute zurückzuziehen. Sinn der Maßnahme 17 ist es, das Umland zum Umsteigen vom PKW auf Straßenbahn zu bewegen.

Herr Förste geht auf die Potentialanalyse ein. Fahrradabstellanlagen müssten nicht zwangsläufig an den Endstellen vorgehalten werden, sondern an den Schnittstellen.

Stadtrat Canehl zieht den Punkt zurück.

14.- Entlastung der Innenstadt)

Stadtrat Hempel verweist auf eine redaktionelle Klarstellung sowie die Beschlusslage des Stadtrat.

Stadtrat Dr. Grube: Szenario 1 und 2 sollen umgesetzt werden.

Stadtrat Schuster spricht sich für eine Trassenfreihaltung als Option aus und verweist dazu auf die Anträge.

Stadtrat Stage hält das Konzept für sinnvoll, egal für welche Nutzungsarten.

Stadtrat Canehl zieht den Punkt zurück.

15.- Schulwegsicherung)

Stadtrat Dr. Grube verweist auf das fehlende Schulwegsicherungskonzept.

Herr Rehbaum geht auf das Konzept von Burg ein welches dem StBV vor liegt. Der Austausch sowie die Diskussion im StBV aus stehen aus.

Herr Schröter geht auf den Pilot 5 ein (S. 101). Darin sei die Maßnahme enthalten.

Stadtrat Canehl zieht den Punkt zurück.

16.- Aufwertung geeigneter Straßen für den Radverkehr (Fahrradstraße))

Stadtrat Dr. Grube hält die Formulierung für kritisch. Eine bereits beschlossene Maßnahme sollte nicht mit Einzelmaßnahmen belegt werden. Eine „Zementierung“ von Maßnahmen sei kontraproduktiv.

Stadtrat Canehl findet die Formulierung nicht schädlich und verweist auf die mangelnde Umsetzung in der Goethestraße.

Der Punkt sei als eine Förderung des Fahrradverkehrs zu sehen.

Die konkrete Straßenbenennung sei wichtig, „Zementierung“ könne durch „insbesondere“ ersetzt werden.

Herr Schröter verweist auf die negativen Stellungnahmen von Seiten der Verwaltung. Im Rahmen des Baustein 4 wurde die Thematik lange diskutiert. Bei dem VEP handele es sich um eine Planung = Leitlinie (VEP), stellt **Herr Pfothner** noch einmal klar. Zuerst müsse die Leitlinie stehen und dann könne in die Maßnahmenplanung erfolgen.

Stadtrat Schuster verweist ebenfalls auf die negativen Stellungnahme der Verwaltung zur Potsdamer Straße bzw. Babelsberger Straße. Des Weiteren geht er auf negative Erfahrungen hinsichtlich der Nutzungen der Goethestraße ein. Lastenräder auf dem Fußweg und in Gegenrichtung habe er auch schon erlebt.

Abstimmung: 1-4-2 nicht empfohlen

17.- Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in Wohnquartieren)

Stadtrat Dr. Grube hält diesen Punkt für nicht machbar.

Wenn alles verschoben werden soll, stehe der Sinn einer Prioritätenliste in Frage, so **Stadtrat Stage**.

Abstimmung: 3-2-2

18.- Bau einer Fahrradstation)

Stadtrat Canehl geht auf die unendlichen Diskussionen (seit 1994) zum Thema einer Fahrradstation am Hauptbahnhof ein.

Stadtrat Hempel hält die Errichtung eines Fahrradparkhauses ohne die Deutsche Bahn AG für unglücklich. Das Gespräch mit der Deutschen Bahn AG sollte auch weiterhin gesucht werden.

Die Fahrradabstellmöglichkeiten am Kölner Platz reichen nicht aus und es müssen ob kommunal oder privat, noch weitere Fahrradabstellmöglichkeiten (Fahrradparkhaus) geschaffen werden, so **Stadtrat Dr. Grube**.

Die Formulierung hält er für unglücklich.

Stadtrat Moll spricht sich für eine Platzierung (Fahrradparkhaus) im Bereich des hinteren Busbahnhof aus und sieht hier eine Möglichkeit.

Herr Schröter verweist auf den schwierigen Gesprächspartner (Deutsche Bahn AG). Ohne eine Flächenverfügbarkeit sei keine Lösung möglich.

Stadtrat Schuster spricht sich für andere kurzfristige Lösungen aus, die jetzt gebraucht werden.

Stadtrat Dr. Grube verweist auf den Beschluss zum Fahrradparkhaus und spricht sich für die Verschiebung in die Sowieso-Maßnahme aus.

Herr Schröter verweist auf die Beschlusslage zu den Sowieso-Maßnahmen.

Herr Rehbaum geht auf das Thema Kosten und Klärung mit der Deutschen Bahn AG ein.

Abstimmung: 6-0-1

19.- Optimierung LSA zur Beschleunigung des ÖPNV)

Stadtrat Stage hinterfragt die Kommunikation zwischen Dez VI und der MVB.

Herr Förste verweist auf die Zugangsmöglichkeit zu den Verkehrsleitrechnern vom Tiefbauamt und verweist auf den Testbetrieb (LSA-Dienst).

Die Optimierung der LSA-Steuerung soll den Verkehr sicherer machen, eine Beschleunigung im Verkehrsfluss werde es dadurch nicht geben.

Abstimmung: 7-0-0

20.- Sanierung von Fußwegen und Radverkehrsführung Hasselbachplatz)

Stadtrat Dr. Grube spricht sich gegen den Antrag aus. Er findet, es gebe viele Maßnahmen mit höherer Priorität im Radverkehrsbereich die wichtiger seien als der Hasselbachplatz.

Stadtrat Hempel sieht die Maßnahme eher im mittelfristigen Bereich und spricht sich für eine Änderung dahingehend aus.

Abstimmung: 5-0-2

21.- Radschnellverbindung)

Stadtrat Canehl verweist auf die verstrichene Zeit von der Erstellung der Studie bis heute.

Stadtrat Hempel geht auf den Beschluss der Route mit hoher Priorität zum Eulenberg ein.

Mit diesem Beschlussvorschlag werde eine Verschlechterung erreicht, so **Stadtrat Dr. Grube**. Er verweist auf die Beschlüsse zu den Radschnellverbindungen.

Stadtrat Canehl geht auf die Förderungen ein.

Stadtrat Stage verweist auf das Gesamtpaket, eine Änderung sei ein Risiko.

Abstimmung: 1-5-1 abgelehnt

22. Lückenschluss Elberadweg)

Stadtrat Canehl geht auf Gespräche mit den Eigentümer ein. Er sieht hier eine gute Maßnahme für Westerhüsen und verweist auf die Tourismusförderung.

Herr Rehbaum verweist auf Gespräche mit dem jetzigen Eigentümer und unterstreicht die Schwierigkeit bei der Thematik. Er verweist auf die Eigentumsverhältnisse und das Thema Altlastenfreistellung für die Gesamtfläche. Die Zuständigkeit liege umwelttechnisch nicht bei der Stadt. Gespräche mit dem LAF sind erschöpft.

Das Thema werde prioritär behandelt, sei aber sehr bearbeitungs- und zeitintensiv.

Stadtrat Stage spricht sich für ein festhalten am Antrag aus. Die Situation im Bereich des „Treibgut“ sei sehr schlecht und nicht mehr zumutbar.

Stadtrat Dr. Grube spricht sich für einen Kompromiss aus. Änderung in mittelfristig mit sehr hoher Priorität.

Abstimmung: 6-0-1

23.- Alternative Ticketangebote schaffen)

Die **Stadträte Stage und Hempel** verweisen auf die Beschlusslage zum Schülerticket und die Problematik der Finanzierung.

Stadtrat Dr. Grube spricht sich für die Streichung des Passus „in Zusammenarbeit mit marego“ aus. Da dieses prinzipiell Sache des Verbundes sei.

Herr Pfothenhauer sieht den Vorschlag als Strategie und der gehöre als Ergänzung unter ÖPNV-Strategie. Alternative Ticketangebote zu schaffen sei keine Maßnahme.

Stadtrat Moll spricht sich für eine Prüfung aus.

Herr Rehbaum geht auf die Finanzierbarkeit ein und verweist auf eine kritische Sicht durch die marego-Partner. Für die anderen marego-Partner sei die Umsetzbarkeit im Umland überaus schwierig. Eine Insellösung nur für Magdeburg werde kritisch gesehen.

Frau Münster-Rendel verweist auf die aktuellen Stadtratsaufträge Strategien, Maßnahmen, Prüfaufträge). Des Weiteren geht sie auf das Schülerticket ein, dabei handele es sich um einen abgegrenzten Bereich und habe Zukunftspotential. Von dem 365-Euro-Ticket rate sie ab.

Stadtrat Schuster hinterfragt eine Möglichkeit dieses im VEP zu integrieren.
Neu 26 ÖPNV-Strategie: Prüfung alternative Ticketangeboten

Herr Rehbaum spricht sich für die Prüfung unter Einbeziehung älterer Ticketangebote aus.

Stadtrat Hempel findet Jobticket, Mieterticket kontrahiert.
Ein 365-Euro-Ticket grenze ALG II Empfänger aus und sei somit auch ungeeignet.

Stadtrat Dr. Grube spricht sich für eine Schaffung alternativer Ticketangebote aus. Das Schülerticket als Maßnahme habe eine hohe Priorität (kurzfristig).

Alternativen sollten entwickelt werden, so **Stadtrat Stage**.

Stadtrat Stern verweist auf die Finanzlage der Stadt, die zu berücksichtigen sei.

Die Verwaltung könne nichts vorschlagen, was nicht finanzierbar sei, stellt **Herr Rehbaum klar**.

Stadtrat Canehl stimmt der Splitterung des Punktes zu. Vom Bund erwartet er hinsichtlich des 365-Euro-Tickets oder Bürgertickets weitere Entwicklungen hinsichtlich einer Förderung.

Abstimmung: 5-2-0

24.- Verkehrsversuch Breiter Weg)

Stadtrat Schuster verweist auf den Enthalt der Maßnahme in der Strategie (S. 83f).

Stadtrat Dr. Grube findet räumlich und zeitlich begrenzte Maßnahme gehöre nicht in einen VEP, es sei zu kleinteilig. Eine strategische Ausrichtung fehle hier.

Stadtrat Stage verweist auf die Beschlusslage.

Stadtrat Hempel spricht sich für eine Änderung aus (Pilotprojekte, Pilot 8 kurzfristig).

Stadtrat Schuster hält dieses als mittelfristige Maßnahme für ausreichend. Dem stimmt **Stadtrat Dr. Grube** zu.

Stadtrat Canehl hinterfragt in diesem Zusammenhang den Rahmenplan Innenstadt.
Herr Rehbaum geht auf den sich im Verfahren befindenden „Rahmenplan Innenstadt“ ein.

Abstimmung: 5-2-0

Änderungsantrag:

Zum Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2030plus empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr dem Stadtrat den Beschlussvorschlag (Punkt 1 dieses Antrages) neu zu formulieren und folgende Änderungen (ab Punkt 2 dieses Antrages) in den Bausteinen 4 (Strategien) und 5 (Maßnahmen) des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) 2030plus vorzunehmen:

1 - Beschlussvorschlag und Fortschreibung)

Der Stadtrat beschließt den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2030plus der Landeshauptstadt Magdeburg als weitere Handlungsgrundlage für die Verwaltung. In Bezug auf das Verkehrsaufkommen und die Kapazität des Straßennetzes, ebenso auf der Grundlage verkehrspolitischer Entscheidungen versteht sich der VEP 2030plus dabei als Leitlinie.

Es ist eine auf Basis von Haushaltsbefragungen repräsentative wissenschaftliche Mobilitätsenerhebung „Mobilität in Magdeburg – SrV 2023“ durchzuführen. Dem Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg ist die Studie bis 31.12.2024 vorzulegen.

Angesichts des gegenwärtigen rapiden umweltrelevanten und technologischen Wandels, in dessen Perspektive sich eine Verkehrswende als unumgänglich abzeichnet, und einer möglichen Großsiedlung am Eulenberg, ist eine Evaluierung des VEP unumgänglich. Die Evaluierungsergebnisse werden dazu dienen, die Verwaltungsspitze, den Stadtrat wie auch die Öffentlichkeit in regelmäßigen Abständen über den erreichten Stand des VEP 2030plus in Kenntnis zu setzen und erforderliche Entscheidungen und eine notwendige Fortschreibung des Planwerks nach sich ziehen. Dem Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg ist die Fortschreibung des VEP bis spätestens II. Quartal 2025 vorzulegen.

Die Landeshauptstadt Magdeburg erarbeitet zusammen mit der NASA, der Regionalen Planungsgemeinschaft und der Otto-von-Guericke-Universität ein „Integriertes regionales Verkehrsnetz“ für den Verkehrsraum Magdeburg. Dieses ist ebenfalls im Rahmen der Fortschreibung vorzulegen.

7 / 0 / 0

2 - S-Bahn)

Die Strategie ÖPV_16 (derzeit Seite 69, Baustein 4) wird unnummeriert in ÖPV_16.1. Die Strategie ÖPV_16.2 wird (derzeit auf Seite 70) wie folgt neu eingefügt:

„Die LHMD strebt in Abstimmung mit der NASA GmbH den Auf- und Ausbau eines leistungsfähigen S-Bahn-Netzes an, welches in der ersten Ausbaustufe neben der vorhandenen Linie S1 mindestens Strecken nach Haldensleben, Burg, Gommern, Calbe, Förderstedt, Blumenberg und Ochtmersleben sowie zum Eulenberg beinhaltet, die montags bis samstags mindestens halbstündlich bedient werden sollten. Ein Konzept für die langfristige Weiterentwicklung und die Schaffung weiterer Halte- und Umstiegspunkte im Stadtgebiet Magdeburgs sollen parallel erarbeitet werden.“

Im Baustein 5 Maßnahmen wird folgende Maßnahme neu ergänzt: „Auf- und Ausbau eines leistungsfähigen S-Bahn-Netzes, welches Umland und Stadtrandgebiete mit der Innenstadt, Verkehrsknotenpunkten, aber auch Gewerbegebieten verbindet.“ Diese Maßnahme ist in der Prioritätenliste (ab Seite 96) unter „Hohe Priorität“, „Mittelfristige Maßnahmen (bis 2030)“ einzuordnen und für die Szenarien 1 und 2 einzuplanen.

Der Oberbürgermeister wird darüber hinaus beauftragt, entsprechende Gespräche mit dem Land Sachsen-Anhalt und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt (NASA) zu führen und die Forderung sowie den Bedarf zum Auf- und Ausbau eines leistungsfähigen S-Bahn-Netzes zu vertreten.

7/0/0

3 - Prüfvorbehalt)

Der folgende Absatz (Seite 95, Szenario 1) ist ersatzlos zu streichen:
~~„Für die laut Stadtratsbeschluss dem Szenario 1 zuzuordnenden Maßnahmen (...) ist abschließend zu prüfen, ob sie mit diesem Szenario vereinbar sind.“~~

6/0/1

4 - Barrierefreie Haltestellen)

Die Reihenfolge und Nummerierung von Maßnahme 5 und 4 (Seite 96) wird getauscht. Maßnahme 5 (neu) wird neu gefasst „Barrierefreier Ausbau der Haltestellen gemäß der Stadtratsbeschlüsse zu Bus- und Bahnhaltestellen“ und unter der Überschrift „Stadtratsbeschluss“ eingeordnet.

7/0/0

5 - Straßenbahn Lüttgen Salbke)

Maßnahme 16 (Seite 96) wird unter der Überschrift „Stadtratsbeschluss“ eingeordnet.

6/0/0

6 - Entlastung Ostelbien)

Maßnahme 26 (Seite 96) wird dem Szenario 1 zugeordnet und ist in der Prioritätenliste (ab Seite 96) unter „Hohe Priorität“, „Mittelfristige Maßnahmen (bis 2030)“ einzuordnen.

Unter „Maßnahmen Fußverkehr / Radverkehr“ (Seite 87) ist „Verbesserung der Infrastruktur für Fußverkehr und Radverkehr im Bereich Alt Prester / Pechauer Straße / Pfeifferstraße / Genthiner Straße / Cracauer Straße durch Neuordnung der

Verkehrsräume nach Fertigstellung der Maßnahme MIV 26“ neu aufzunehmen und in der Prioritätenliste ebenfalls unter „Hohe Priorität“, „Mittelfristige Maßnahmen (bis 2030) einzuordnen.

5 / 2 / 0

7 - Kreisverkehre)

Maßnahme 27 (Seite 96) wird dem Szenario 1 zugeordnet.

7 / 0 / 0

8 - Am Fuchsberg / Leipziger Str.)

Maßnahme 80 (Seite 98) wird dem Szenario 1 zugeordnet „für alle Verkehrsarten“ wird durch „für den Umweltverbund“ ersetzt.

5 / 2 / 0

9 - Rad-/Fußwegeverbindung Salbke)

Maßnahme 107 (Seite 99) wird als Hohe Priorität eingestuft.

7 / 0 / 0

10 - E-Mobility & Car-Sharing)

Maßnahme 108 (Seite 99) wird als Hohe Priorität eingestuft und zusätzlich dem Szenario 1 zugeordnet.

5 / 0 / 2

11 - Streckenverlängerung Straßenbahn Halberstädter Str. – Ottersleben)

Maßnahme 7 (Seite 96) muss erheblich beschleunigt werden in Hinblick auf das Gewerbegebiet Eulenberg und wird als Hohe Priorität mit zeitlicher Einordnung „Einleitung sofort“ eingestuft.

Als neue Maßnahme ist die Prüfung einer Verlängerung einer geeigneten ÖPNV-Anbindung bis zum Eulenberg aufzunehmen.

7 / 0 / 0

12 - Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in Wohnquartieren)

Maßnahme 51 (Seite 97), Verschiebung von Mittelfristige Maßnahmen in Kurzfristige Maßnahmen.

3 / 2 / 2

13 - Bau einer Fahrradstation)

Maßnahme 52 (Seite 97), Verschiebung von Mittelfristige Maßnahmen in Kurzfristige Maßnahmen.

6 / 0 / 1

14 - Optimierung LSA zur Beschleunigung des ÖPNV)

Maßnahme 56 (Seite 97), Verschiebung in Sowieso-Maßnahmen und Stadtratsbeschluss.

7 / 0 / 0

15 - Sanierung von Fußwegen und Radverkehrsführung Hasselbachplatz)

Maßnahmen 76 und 77 (Seite 98), Verschiebung von Langfristige Maßnahmen in Mittelfristige Maßnahmen

5 / 0 / 2

16 - Lückenschluss Elberadweg)

Maßnahme 91 (Seite 99), wird eine mittelfristige Maßnahme mit nunmehr hoher Priorität

6 / 0 / 1

17 - Alternative Ticketangebote schaffen)

*Unter Kurzfristige Maßnahmen mit hoher Priorität ist als neue Maßnahme aufzunehmen: Einführung eines Kostenfreien Schüler*innentickets*

In Baustein 4 ist als neue Strategie ÖPV_26 aufzunehmen: „Alternative attraktive Ticketangebote sind zu entwickeln.“

5 / 2 / 0

19 - Verkehrsversuch Breiter Weg)

In Baustein 5 wird unter kurzfristige Pilotprojekte (bis 2024 realisierbar) als Pilot_08 neu aufgenommen.

*„Verkehrsversuch Breiter Weg. Nach dem Ende der Coronapandemie und der Normalisierung des Innenstadthandels wird in einem der folgenden Jahre zwischen Mai und September für die Dauer von mehreren Wochen im Rahmen eines Verkehrsversuches der Breite Weg zwischen Ernst-Reuter-Allee und Bärstraße / Himmelreichstraße für den Motorisierter Individualverkehr gesperrt. Dazu wird in enger Abstimmung mit den ansässigen Händler*innen ein Konzept erstellt. Ziel ist, temporär eine erhöhte Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen zu schaffen und zeitweise (aber nicht durchgängig) eine Bespielung durch Veranstaltungen, mit Marktständen u. ä. zu ermöglichen. Dieser Verkehrsversuch wird entsprechend fachlich begleitet.“*

Die fortlaufende Nummerierung der Piloten wird angepasst.

5/2/0

Für alle Punkte ab 2 gilt: Kartenmaterial und, soweit nötig, andere Stellen im Textteil sind nach Beschlussfassung durch den Stadtrat von der Verwaltung entsprechend redaktionell anzupassen.

Stadtrat Dr. Grube geht auf die Fortschreibung der Liste zu den Kostenschätzungen ein. Er fragt ob die Maßnahmenliste und Wertgrößen noch realistisch seien und geht auf eine mögliche Kostenexplosion ein.

Herr Schröter verweist auf Kostenannahmen.

Stadtrat Canehl geht auf eine mögliche Anpassung in der Evaluierung ein.

Stadtrat Schuster bedankt sich abschließend bei **Herrn Pfothhauer** für die gute Zusammenarbeit bei der Thematik VEP.

Herr Pfothhauer habe gerne am „Runden Tisch“ mitgearbeitet.

Abstimmung zur DS0259/21: 5-2-0 empfohlen mit Änderungsantrag

4. Verschiedenes

Ender der Sitzung: 18:45 Uhr

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage
Vorsitzender

Corina Nürnberg
Schriftführerin